

Garrelt Duin
Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 11. Februar 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 2 / 2011 |

Es geht um viel mehr als um Hartz IV

Bundesregierung schmettert Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ab / SPD bleibt hartnäckig

Eines vorweg: Die gescheiterten Verhandlungen um die Höhe des Hartz IV-Geldes, das Bildungspaket für arme Kinder, Mindestlöhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit bedeutet nicht, dass es auf Kosten der Hartz IV-Empfänger geht. Diese Menschen erhalten ihr zusätzliches Geld leider nicht sofort, aber immerhin rückwirkend - egal, wie hoch es schließlich sein wird.

Was Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, CDU, als „Maximalforderungen“ der SPD abtut, sind für Sozialdemokraten unabdingbare Existenzgrundlagen vieler Menschen. Ihre Verhandlungsführerin Manuela Schwesig hat von Anfang an klar gemacht: Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Leiharbeiter und Stammbeschäftigten ist ein zentraler Punkt der Verhandlungen, die auf SPD-Initiative nach erstem Scheitern doch fortgesetzt werden.

Die SPD will endlich flächendeckende Mindestlöhne von 8,50 Euro durchsetzen. Denn eines ist klar: Das Fehlen von Mindestlöhnen und der Missbrauch von Leiharbeit führen zu Lohndumping. Immer mehr Arbeitnehmer sind auf ergänzendes Arbeitslo-

senge II angewiesen (so genannte Aufstocker). Garrelt Duin: „Diese Lohnsubventionierung auf Kosten der Steuerzahler wollen wir beenden.“ Leiharbeit kann ein sinnvolles Instrument sein, um die Auftragsspitzen von Unternehmen zu decken. Sie darf aber kein Einfallstor für Lohndrückerei sein.

Ursula von der Leyen hat den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ mit ihrem „Angebot“ verhöhnt. Sie schlug vor, nach einer Einarbeitungszeit von neun Monaten den gleichen Lohn einzuführen. Dabei weiß sie genau: Kaum ein Leiharbeiter bringt es auf eine Zeit von neun Monaten bei einer Firma. Die Hälfte arbeitet dort kürzer als drei Monate.

Regierung auf breiter Front gegen Mindestlöhne

Die SPD biss bei der Union und der FDP auch mit ihrer Forderung eines Mindestlohnes für die Zeit- und Leiharbeitsbranche auf Granit. Selbst kurzfristig einzuführende Mindestlöhne für das Sicherheitsgewerbe und die Weiterbildungsbetriebe lehnte sie ab. Garrelt Duin: „Grundsätzlich wollen wir allen Wirtschaftszweigen die Möglichkeit zu Bran-

chenmindestlöhnen öffnen.“

DGB-Chef Michael Sommer lobt die Arbeit der Opposition. Er schreibt: „Ausdrücklich anerkennen will ich bei aller parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften die gute Zusammenarbeit mit SPD und den Grünen, die sich sehr für unsere Ziele eingesetzt haben.“

Manuela Schwesig hat Recht, dass Frau von der Leyen von Kanzlerin Merkel nur die Prokura erhalten habe, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Indirekt hat Frau von der Leyen dies zu Beginn der letzten Verhandlungs-

runde in Berlin auch zugegeben, als sie der Opposition sagte: „Dann tragen Sie mal vor, was Sie noch zu sagen haben.“ So steht es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Das Blatt schreibt weiter: Da war den Sozialdemokraten klar, dass die Skepsis, die Angela Merkel wenige Stunden zuvor bekundet hatte, eigentlich ein Mandat gewesen war, die Sache schnell scheitern zu lassen.

Die Bundesregierung hat keine Mehrheit, wenn sie den Bundesrat braucht. Bisher benimmt sich wie ein trotziges Kind, das seinen Willen nicht durchsetzen kann.



Manuela Schwesig, das sozialpolitische Gesicht der SPD.

Regionalrat Ostfriesland: Bundeswehr muss bleiben



Der Regionalrat Ostfriesland tagte jüngst in Wittmund. Ein Tagesordnungspunkt waren die Bundeswehr-Standorte in Ostfriesland, denen durch die geplante Reform der Bundeswehr und die damit verbundene Verringerung der Soldatenzahl eine Bestandsgefahr droht. Besonders der Standort Aurich kippt, aber auch Leer und Wittmund sind nicht auf der sicheren Seite. Der Regionalrat fordert, die Bundeswehr-Standorte zu sichern. Die SPD-Mitglieder des Regionalrates sprachen mit Karin Evers-Meyer, Mitglied des Bundestags-Verteidigungsausschusses (Mitte) und Wittmunds Landrat Matthias Köring (2.v.l.) über die Lage. Links Landrat Walter Theuerkauf, Aurich, rechts Regionalrats-Vorsitzender Garrelt Duin und SPD-Kreistags-Fraktionschef Erwin Wenzel.

Breitband - ein drängendes Zukunfts-Thema

Partei und Bundestagsfraktion der SPD arbeiten an einer gemeinsamen Linie für die digitale Gesellschaft

Wer Breitband nur als Nudel kennt, sollte weiterscrollen - oder gerade deshalb weiterlesen. Denn ein Breitband-Internetzugang ist, schlicht gesagt, ein schneller Zugang zum Internet. Er gehört zur technischen Ausstattung eines modernen Staates.

Breitband überträgt große Datenmengen, also Daten mit großer Bandbreite, in hoher Geschwindigkeit, viel schneller als ein Telefonmodem oder ISDN, so genannte Schmalbandtechniken. Ohne flächendeckende Breitband-Versorgung gerät Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich ins Hintertreffen.

Die Bundesregierung kümmert sich zu wenig um dieses drängende Thema. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb im vorigen Herbst eine Anfrage an die Regierung gerichtet.

In diesen Tagen luden Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher, und Martin Dörmann, medienpolitischer Sprecher, zur Fachkonferenz „Breitband für alle - Eine Zwischenbilanz“ ein.

150 Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten, wie man das Land mit Breitbandzugängen ausrüsten kann. Partei und Fraktion arbeiten an einer gemeinsamen Linie.



Matthias Machnig, am Rednerpult, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen, referiert im SPD-Fraktionssaal im Reichstag vor 150 Gästen über die Breitband-Versorgung in Deutschland. Sie hinkt hinterher.

Windmühlen und Busse

Auszug aus dem Besuchsprogramm des Abgeordneten

Politik muss praxisnah sein. Deshalb stehen oft Gespräche mit Unternehmern, Betriebsräten, Gewerkschaftern und Verbandsvertretern auf der Tagesordnung eines Politikers. Zwei Beispiele aus dem Programm von Garrelt Duin: Er besuchte das Unterneh-

men Enova in Bunderhee, das Windparks an Land und auf See entwickelt. Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Matthias Grootte diskutierte er in Aurich mit Busunternehmer Wolfgang Buß-Andreesen über ein neues Personenbeförderungsgesetz.

Nazis blockieren

Jusos und SPD unterstützen Bündnis „Dresden nazifrei“

Am 19. Februar rufen Rechtsradikale anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens wieder zu einem großen Naziaufmarsch auf. Dagegen wehrt sich das Bündnis „Dresden nazifrei“, das von Jusos und vielen Sozialdemokraten unterstützt wird.

Garrelt Duin unterstützt die Aktion: „Die SPD hat eine lange Tradition im Kampf gegen alte und neue Nazis. Heute ist es unsere Pflicht, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gegen jegliche Bedrohung von rechts zu schützen.“

Ohne Seltene Erde funktioniert nicht einmal ein Handy

Auch Generatoren von Windmühlen sind auf Seltene Erden angewiesen / Regierung verkennt dramatisches Wirtschaftsproblem

Seltene Erden - das hört sich leicht skurril an. Aber wenn wir hören, dass sie einerseits knapp und teuer sind und andererseits für Handys, Plasma- und LCD-Bildschirme, Windmühlen-Generatoren, Radargeräte, Energiesparlampen, Elektroautos, Computern und anderen Geräten der Hochtechnik gebraucht werden, kann uns mulmig werden.

Dummerweise ruhen die Seltenen Erden, wie die Metalle der Seltenen Erden kurz und volkstümlich genannt werden, zum weitaus größten Teil in China. Die Chinesen machen damit Politik und verknappen den Rohstoff. So verteuern sie ihn und machen gute Kasse - verbunden mit dem für sie angenehmen Nebeneffekt, dass sie auf diese Weise Schlüsseltechnologien, die auf Seltene Erden angewiesen sind, im Lande behalten und aufbauen können.

Ein Industrieland wie Deutschland ist deshalb gut beraten, sich Seltene Erden aus China, aber auch aus anderen Ländern zu sichern, die entweder schon Seltene Erden fördern, wieder för-

dern oder fördern könnten, weil sie Vorräte haben. Die Bundesregierung vernachlässigt jedoch diese für unsere wirtschaftliche Zukunft sehr wichtige Aufgabe. Sie sagt, die Wirtschaft soll sich selbst um Rohstoffe kümmern. Das ist zweifellos richtig, aber es reicht nicht. Nötig ist politischer Flankenschutz, zum Beispiel durch Rohstoffpartnerschaften mit anderen Ländern.

Die SPD-Bundestagsfraktion bringt mit ihrem Antrag „Fairen

Rohstoffhandel sichern - Handel mit Seltenen Erden offen halten“ das Thema auf die Tagesordnung des Bundestags. Für die Regierung ist Eile geboten. Ohne genug Nachschub an Seltenen Erden geht die Hightech-Industrie bald in die Knie. Das Lieferisiko steigt, die Preise klettern hoch, noch 2011 ist mit ersten Produktionsausfällen zu rechnen. Schon jetzt greifen Spekulanten nach Seltenen Erden.

Garrelt Duin: „Das gefährdet die

Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.“ Es geht bergab auch mit Arbeitsplätzen und Ausbildung.

Wir brauchen sichere Zufuhr aus anderen Ländern und ein eigenes Recycling-System. Die Regierung muss die Welthandelsorganisation einschalten und bei der EU Dampf machen. Die neue Deutsche Rohstoff-Agentur ist gut, reicht aber nicht. Duin: „Seltene Erden sichern wir nur mit einem einigen Europa.“



Auch für Windkraft-Generatoren sind Seltene Erden nötig.

Foto: BARD

Kein Gespür für Rohstoffe

Mongolei: Politik und Wirtschaft verpassten den Zug

Die Mongolei ist ein Beispiel, wie deutsche Politik und Wirtschaft Zeichen der Zeit verkennen. Heino Wiese, Ex-SPD-Abgeordneter, beruflich lange tätig in Russland und Asien, schreibt in seinem Magazin „Hauptstadt INSIDER“: „Mongolische Botschafter mit deutschem Studium, Ministerpräsidenten und Präsidenten sind immer wieder in Deutschland gewesen, um ... zu vermitteln, dass es in der Mongolei mehr gibt als die Erinnerung an Djingis Khan, Steppe und Wildpferde.“ Es gab Angebote für deutsche

Firmen. Sie sollten u.a. Gold- und Kupferminen erschließen. Wiese: „Und das alles, weil die Mongolen die Deutschen mögen... Über drei Prozent von ihnen spricht deutsch. Die Mongolen vertrauen den Deutschen und haben sich vorgestellt, wir könnten ihnen beim Aufbau der Wirtschaft helfen und sie zumindest teilweise aus der Abhängigkeit von China und Russland befreien Inzwischen ist ein Großteil der Rohstoffe unter Chinesen, Japanern, Russen und neuerdings Australiern und Amerikanern aufgeteilt.“

„Löhne rauf“

SPD: Aufschwung muss bei den Menschen ankommen

VW macht es vor. Konzern und IG Metall schließen für die Beschäftigten eine anständige Lohnerhöhung ab - ohne lange darum herum zu reden. Garrelt Duin: „Das wirkt hoffentlich als Initialzündung für andere Branchen.“

Die Wirtschaft hat sich nach der Krise erholt - aber der Aufschwung kommt bislang bei vielen Menschen nicht an. „Wirtschaft rauf“ muss gleichzeitig heißen „Löhne rauf“. Das verlangt die SPD. Es darf nicht länger sein, dass in manchen

Branchen die Reallöhne sogar noch sinken. Das Normalarbeitsverhältnis - unbefristet und sozial abgesichert - muss wieder zur Regel werden. Die Regierung muss Armutslöhne durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro stoppen.

Leiharbeit ist nicht grundsätzlich schlecht. Aber sie muss bezahlt werden wie feste Arbeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss das Prinzip sein, bei dem die SPD nicht locker lässt. Garrelt Duin: „Der Lohn muss zum Leben reichen.“



Bei den „Zukunftsgesprächen“ fehlen die Jusos natürlich nicht. Nach der Diskussion stellten sich - hintere Reihe - Peter Jacobs, Dietmar Hexel, Garrelt Duin, Jens Hoffmann und Christian Stolte mit ihnen zum Erinnerungsfoto (oben links). Einen ostfriesischen Präsentkorb gab Garrelt Duin dem Hannoveraner Dietmar Hexel mit auf den Heimweg (oben rechts). Aufmerksame Zuhörer des Emdrer OB-Kandidaten Bernd Bornemann sind Garrelt Duin, Dietmar Hexel (DGB-Vorstand), Jens Hoffmann (SPD-Unterbezirks-Chef in Emden) und Christian Stolte (Arbeitgeberverband).

Mitbestimmung modern wie eh und je

Zweites „Zukunftsgespräch“ in Emden / Betriebsräte in kleinen Firmen haben es schwerer

Der zweite Aufschlag der Reihe „Zukunftsgespräche“ von Garrelt Duin erfolgte in der Pumpstation an der Cirksenastraße in Emden. Es ging um Mitbestimmung in Ostfriesland und anderswo. Die Zukunftsgespräche widmen sich stets einem Thema außerhalb der normalen Tagespolitik, ohne jedoch Aktualität vermissen zu lassen.

Wie schon Ende vorigen Jahres in Wiesmoor zum Thema Demografischer Wandel mit Franz Müntefering lockte auch die Mitbestimmung zahlreiche Zuhörer, diesmal überwiegend gewerkschaftlich orientierte Sozialdemokraten. Unter ihnen saßen auch Schüler und junge Arbeitnehmer, die sich rege an der Diskussion beteiligten.

Der Saalschmuck war schon auf Karneval getrimmt, aber das Thema war ernst. Prominentester

Gast war Dietmar Hexel vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Er stimmte das Publikum mit einem Referat ein und beleuchtete die Geschichte und Facetten der Mitbestimmung. Sie sei auch nach mehr als 100 Jahren dringend nötig. Hexel versteht Mitbestimmung als Möglichkeit der Menschen, ihr Leben und ihre Arbeit mit zu gestalten. Mitbestimmung beschränkt sich für ihn nicht auf den Betrieb. Er hält sie für nötig, um gesellschaftliche und globale Probleme wie Klimawandel, Armut und Finanzkrisen anständig zu bewältigen.

Christian Stolte, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Ostfriesland und Papenburg, entpuppte sich keineswegs als Gegner der betrieblichen Mitbestimmung - auch wenn er sie in kleinen Unternehmen für überflüssig hält. Er setzt dort auf den

direkten Draht zwischen Chef und Arbeitnehmer. Hexels Gegenargument: „Ein guter Chef ersetzt keinen Betriebsrat.“

Peter Jacobs, Betriebsrats-Chef im Emdrer VW-Werk mit einem Organisationsgrad von 97 Prozent, sagte, auch bei VW, wo der Betriebsrat viel Einfluss hat, sei nicht alles Sonnenschein. Allerdings beobachte er, dass Betriebsräte in kleinen Firmen es ungleich schwerer haben. Der VW-Betriebsrat versuche, über die Auftragsvergabe die Mitbestimmung in kleinen Betrieben zu fördern.

Der Emdrer OB-Kandidat Bernd Bornemann berichtete über Erfahrungen mit dem Personalvertretungsgesetz. Garrelt Duin geißelte in einem Schlusswort den Missbrauch von Leiharbeit. Sein Ziel: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Spruch der Woche

„Die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, ist die einzige Prokura, die Frau von der Leyen von der Kanzlerin hatte.“

Manuela Schwesig, SPD-Verhandlungsführerin in Sachen Hartz IV, über die Rolle der Arbeits- und Sozialministerin

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030 - 227 - 70145
 Fax: 030 - 227 - 76445
 garrelt.duin@bundestag.de
 www.garreltduin.de